

---



---

## Der unbekannte Nachbar

Rezension von: Roland Schönfeld,  
Slowakei. Vom Mittelalter bis zur  
Gegenwart, Verlag Friedrich Pustet,  
Regensburg 2000, 288 Seiten, öS 321.

---



---

Am 1. Jänner 1993 wurde die Trennung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik vollzogen, die Slowakei war wieder ein unabhängiger Staat. Im Dezember 1999 erfolgte auf dem Gipfeltreffen in Helsingfors die Nachnominierung der Slowakischen Republik für die erste Runde der Osterweiterung der Europäischen Union. Rund ein Jahr später, am 14.12.2000, konnte die Slowakische Republik der OECD beitreten. Damit tat der junge Staat einen weiteren großen Schritt in Richtung EU-Aufnahme.

Unter allen Nachbarländern ist die Slowakei wohl jenes, über das die Wissensdefizite hierzulande am größten sind. In der nächsten Zeit wird sich die Diskussion über die Vor- und Nachteile der EU-Osterweiterung intensivieren. All jene LeserInnen, die sich über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Slowakei im 19. und 20. Jahrhundert einen Überblick verschaffen wollen, haben nun mittels des vorliegenden Bandes aus der Reihe ‚Ost- und Südosteuropa‘<sup>1</sup> des Verlags Friedrich Pustet die Gelegenheit dazu.

Mehr als tausend Jahre lang, nämlich von 907 bis 1918, befanden sich der Landstrich zwischen dem westlichen Karpatenbogen, der March und der Donau, ‚Oberungarn‘ genannt, sowie dessen Bewohner – Slowaken, Deutsche, Magyaren – im Herrschaftsbereich des Königreichs Ungarn. Der Name ‚Slowakei‘ als geographischer und politischer Begriff tauchte erstmals im Jahre 1849 in einer Petition an den Kaiser in Wien auf.

Nach der katastrophalen Niederlage des ungarischen Heeres gegen die osmanischen Invasoren im Jahre 1526 bei Mohács zerfiel Ungarn in drei Teile: Die Osmanen kontrollierten Mittel- und Südungarn. In Siebenbürgen fanden ungarische Magnaten zeitweilig eine Basis für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen. Im habsburgischen Machtbereich lagen nur ein Teil Westungarns sowie das oberungarische Gebiet. Dieser Tatsache verdankt die heutige slowakische Metropole Bratislava/Preßburg ihren Aufstieg: Von 1531 bis 1848 war Preßburg (ungar. Pozsony) die Hauptstadt des habsburgischen Ungarn.

Unter der ungarischen Krone wurde den Slowaken niemals der verfassungsmäßige Status einer eigenen Nation – wie etwa den Kroaten – zugestanden. Bis 1918 hatte die slowakische Bevölkerung keinen Landtag, der ihre Interessen gegenüber dem König hätte vertreten können. Und der slowakische Adel bekannte sich zur ungarischen Nation.

Das nationale Erwachen der Slowaken erfolgte erst Ende des 18. Jahrhunderts. Die slowakische Nationalbewegung, welche die Sprache als Merkmal nationaler Identität des slowakischen Volkes betonte, wurde zunächst vor allem von Geistlichen getragen. Ihre Literatursprache verdanken die Slowaken Ludovik Stur, der 1846 eine slowakische Sprachlehre veröffentlichte.

Ab den 1830er Jahren verstärkte sich auf alle nationalen Minderheiten in den Ländern der Stephanskronen der Magyarisierungsdruck. In Reaktion darauf formulierten die Führer der slowakischen Volksgruppe im Mai 1848 erstmals ein Autonomieprogramm. Nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Not der Bauern fanden die nationalen Parolen starken Widerhall. Die ungarische Regierung verhängte das Kriegsrecht über Oberungarn, worauf der in Wien gegründete Slowakische Nationalrat im September zum Aufstand aufrief. Diese nationale Erhebung brach jedoch rasch zusammen.

Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 endeten die slowakischen Hoffnungen, mit Unterstützung des Wiener Hofes Verbesserungen zu erreichen. In der Folge machten die Magyaren in den ‚Ländern der ungarischen Krone‘ den nationalen Einheitsstaat zum Regierungsprogramm. Eine wirksame politische Repräsentanz im ungarischen Parlament blieb dem slowakischen Volk versagt. Aber der Großteil der zumeist bäuerlichen slowakischen Bevölkerung widerstand dem Assimilierungsdruck.

Innerhalb der ungarischen Reichshälfte gehörte das von Slowaken bewohnte Gebiet zu den wirtschaftlich rückständigen Regionen. Am ökonomischen Aufschwung Ungarns in den letzten Jahrzehnten der Monarchie partizipierte Oberungarn unterdurchschnittlich. Nach der Schätzung David Goods<sup>2</sup> betrug das BIP pro Kopf der Slowakei (in den heutigen Grenzen, in US-\$ aus dem Jahre 1980) 1870 48,1% des entsprechenden Wertes für Österreich (ebenfalls in den heutigen Grenzen) und 1910 56,8%.

Um die Jahrhundertwende lebten noch mehr als zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Achtzig Prozent der bäuerlichen Betriebe bewirtschafteten weniger als sechs Hektar. Ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche Oberungarns gehörte ungarischen Magnaten. Die wirtschaftliche Misere war die Ursache für die starke Auswanderung nach Übersee – mehr als 600.000 Slowaken zwischen 1889 und 1914!

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs entstand die Hoffnung, nach einer Niederlage der Monarchie das ungarische Joch abzuschütteln und einen unabhängigen Nationalstaat zu gründen. Gemeinsam mit Tomas Masaryk und Edvard Benes gründete der slowakische Politiker Milan Stefanik im Exil in Paris den ‚Nationalrat Böhmischer und Slowakischer Länder‘. Diese Exilanten propagierten die Idee einer unabhängigen und vereinten Tschecho-Slowakei. Das Ende Mai 1918 in Pittsburgh getroffene Ab-

kommen zwischen tschechischen und slowakischen Organisationen versprach den Slowaken – zumindest gemäß ihrer Lesart – eine Form der territorialen Selbstverwaltung. Der Wille zum gemeinsamen Staat entsprang der Vorstellung, als etwas größere Einheit die Unabhängigkeit gegenüber feindlichen Nachbarn leichter wahren zu können.

Doch die im Oktober 1918 ins Leben gerufene Tschecho-Slowakei erfüllte die Hoffnungen der Slowaken nicht. Die Republik war ein Vielvölkerstaat: 7,3 Mio. Tschechen und 2,5 Mio. Slowaken standen 3,3 Mio. Deutsche und 720.000 Ungarn gegenüber. Die Sorge um die Integrität des Staates ließ die von Tschechen dominierte Regierung in Prag zögern, dem Streben der Slowaken nach politischer Autonomie nachzugeben. Der zentralistisch verwaltete Einheitsstaat galt als sicherste Verteidigung gegen die irredentistischen Aspirationen der Nachbarn. Staatspräsident Masaryk und andere führende tschechische Politiker verfochten die Fiktion einer tschechoslowakischen Nation: Eine eigenständige slowakische Nation existiere nicht, der Unterschied bestehe nur im kulturellen Entwicklungsstand.

Im Februar 1920 verabschiedete die Nationalversammlung die Verfassung der Republik im Namen der „Tschechoslowakischen Nation“, was von vielen Slowaken als Provokation gewertet wurde. Den Wünschen der Slowaken nach einem verfassungsrechtlichen Sonderstatus gab die Staatsführung nicht nach, da sie fürchtete, ähnliche Bestrebungen der deutschen und der ungarischen Minderheit herauszufordern. Erst 1927, als die Slowakische Volkspartei erstmals in die Regierungskoalition eintrat, wurde die Slowakei eine eigene Verwaltungseinheit mit einem Landtag, dessen Befugnisse allerdings sehr eingeschränkt waren. Von der erhofften Autonomie konnte keine Rede sein.

Das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle zwischen Böhmen, Mähren sowie

Schlesien einerseits und der Slowakei andererseits nahm in der Ersten Republik eher noch zu. Vom gemeinsamen Markt und von den Maßnahmen der Prager Regierung zur Liberalisierung der Wirtschaft profitierten die hochindustrialisierten Zentren der tschechischen Länder viel mehr als die schwache Industrie der Slowakei, die bis dahin von der ungarischen Regierung durch allerlei Regulierungen vor ausländischer Konkurrenz weitgehend abgeschirmt worden war. Ein Prozeß der Deindustrialisierung setzte in der Slowakei ein. 1930 waren dort nur 19,4% der arbeitsfähigen Bevölkerung in der Industrie beschäftigt gegenüber 42,1% in den tschechischen Ländern. Die Slowakei blieb somit ein überwiegend agrarisches Land mit technisch rückständigen bäuerlichen Betrieben. Ende der zwanziger Jahre waren 31,7% der Höfe in den tschechischen Ländern elektrifiziert, jedoch nur 1,9% in der Slowakei! Der katastrophale Verfall der Agrarpreise in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre traf die Slowakei besonders hart. Die slowakischen Nationalisten hatten infolgedessen wenig Mühe, Argumente für ihre Behauptung einer wirtschaftlichen "Kolonisierung" ihrer Region zu finden. Schon Anfang der dreißiger Jahre rückte die Slowakische Volkspartei, die stärkste slowakische Partei, mehr und mehr vom Bekenntnis zum gemeinsamen Staat ab.

Von März 1939 bis April 1945 existierte bekanntlich eine „unabhängige“ Slowakei, die tatsächlich jedoch nichts anderes war als ein Satellitenstaat des Dritten Reiches.

Nach einem kurzen demokratischen Zwischenspiel übernahmen die Kommunisten 1948 die Macht in der Tschechoslowakei und gaben der Republik eine dem sowjetischen Modell nachgebildete Verfassung. Aus dem Einflußbereich einer totalitären Großmacht gerieten Tschechen und Slowaken in den Einflußbereich einer anderen totalitären Großmacht.

In der im Mai 1948 beschlossenen Verfassung der Volksdemokratie wurde die in der demokratischen Phase festgelegte, stark eingeschränkte Stellung der slowakischen Selbstverwaltungsorgane – Nationalrat als Parlament und Ausschuß der Beauftragten als Landesregierung – noch gemindert. Sie dienten eigentlich nur zu Vorzeigezwecken. Die Kommunisten argumentierten, mit dem "Sieg der Arbeiterklasse" seien die Bedingungen aufgehoben, die eine organisatorische Selbständigkeit der Slowakei erforderten.

Wie schon die Erste Republik, so war auch das kommunistische Regime nicht bereit, die von Prag ausgehende zentralistische Kontrolle über das ganze Land zugunsten eines föderalen Arrangements, das den Wünschen der Slowaken entgegengekommen wäre, zu lockern. Die Föderalisierung, welche die Regierung Husák nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch Warschauer Pakt-Truppen im neuen Verfassungsgesetz im Oktober 1968 festschreiben ließ, stand nur auf dem Papier, denn de facto wurde die Macht nicht von den verfassungsmäßigen Organen, sondern von der Kommunistischen Partei ausgeübt. Deren Überzeugung, nationale Aspirationen ließen sich durch wirtschaftliche Modernisierung und Verbesserung des Lebensstandards zufriedenstellen, erwies sich als falsch. Obwohl die Slowakei gegenüber den tschechischen Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht aufholte, blieb die nationale Frage ungelöst.

In der Arbeitsteilung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ war der Tschechoslowakei vor allem die Rolle eines Lieferanten von Kapital- und Rüstungsgütern zugewiesen. Insbesondere in der Slowakei erfolgte eine starke Forcierung der Schwerindustrie. In der Region Martin wurde ein Zentrum der Stahl-, Schwermaschinen- und Rüstungsindustrie aus dem Boden gestampft. Mit zeitweilig rund 60.000 Beschäftigten war das Schwermaschinen-

kombinat ZTS der größte Arbeitgeber der Slowakei.

Die Wirtschaftsstruktur des Landes änderte sich in den fünf Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft drastisch. Waren 1948 noch 59,8% der slowakischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft beschäftigt, so sank deren Anteil bis 1989 auf 12,6%. Der Beitrag der Slowakei zum Nationaleinkommen nahm in diesem Zeitraum von 19,2 auf 30,3% zu, ihr Anteil an der Industrieproduktion von 13,5 auf 29,5%. Die Unterschiede zwischen den tschechischen Ländern und der Slowakei im Konsumstandard verschwanden in den achtziger Jahren weitgehend.

Diese Erfolge waren allerdings nur relative. Wie den anderen Planwirtschaften Osteuropas, so gelang auch der Tschechoslowakei der Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum nur mangelhaft. Die Revolution der Informations- und Kommunikationstechniken setzte viel zu spät ein, und die inflexible Wirtschaftsordnung war unfähig, die erforderlichen ständigen Anpassungen an den technischen Fortschritt vorzunehmen. War die Industrie der tschechischen Länder vor dem Ersten Weltkrieg und auch noch in den zwanziger Jahren im internationalen Maßstab hochmodern und leistungsfähig, so geriet die tschechoslowakische Wirtschaft in den siebziger und achtziger Jahren gegenüber den führenden Industriestaaten hoffnungslos ins Hintertreffen.

Nach 1989 machten der Slowakei die einseitige Industrialisierung zugunsten von Schwer- und Rüstungsindustrie und die Vernachlässigung der Produktion von Konsumgütern, der Landwirtschaft sowie insbesondere auch der intermediären Dienstleistungen schwer zu schaffen.<sup>3</sup> Dem Land war eine Wirtschaftsstruktur aufgezwungen worden, die mehr den Zielen der Sowjetunion als der Modernisierung der slowakischen Wirtschaft diene. Diese ungünstige Struktur war mit ausschlaggebend für die – im Ver-

gleich mit den anderen MOEL – besondere Schärfe der Transformationskrise: Das BIP pro Kopf (zu laufenden Kaufkraftparitäten) der Slowakei fiel gemäß einem von OECD und EUROSTAT durchgeführten Vergleich von 47,2% des entsprechenden österreichischen Niveaus im Jahre 1990 auf 35,5% 1993. Nach diesen Angaben setzte in den Folgejahren ein langsamer Wiederannäherungsprozeß ein; 1997 wurde ein Wert von 41,8% erreicht.

Für die Trennung der Slowakei von Tschechien waren auch ökonomische Aspekte wichtig. Nach den Wahlen im Juni 1990 entbrannte ein heftiger Streit über die Kompetenzverteilung zwischen der Zentralregierung in Prag und der Landesregierung in Preßburg. Nur mit Mühe einigte sich die Bundesversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Dezember 1990 auf ein Kompetenzverteilungsgesetz. "Die Stimmung unter der slowakischen Bevölkerung, die sich von der tschechischen Mehrheit wie bisher bevormundet und geringschätzig behandelt fühlte, verschlechterte sich zusehends." (S. 215) Der Populist Meciar wußte den nationalen Antagonismus geschickt zu nutzen. Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in der Slowakei lieferte ihm Argumente gegen die Transformationspolitik der Prager Führung und zugunsten einer verlangsamtent Entstaatlichung der slowakischen Wirtschaft: Ende 1992 betrug die Arbeitslosenrate in der Slowakei mehr als 10%, in den tschechischen Ländern nur 2,5%. Fast neun Zehntel der ausländischen Direktinvestitionen flossen nach Böhmen und Mähren. Unter der slowakischen Bevölkerung verstärkte sich der Eindruck, die sozialen Kosten der Prager Wirtschaftspolitik würden zu ihren Lasten verteilt. Vor diesem Hintergrund verhandelten nach den Wahlen im Juni 1992 Klaus und Meciar als Ministerpräsidenten der Tschechischen bzw. der Slowakischen Republik über die Bildung einer Bundesregierung, die keiner von bei-

den mehr wollte. Bereits am 17. Juli 1992 erklärte das Parlament in Preßburg die Slowakei zum souveränen Staat.

Diese anschaulich und verständlich geschriebene Darstellung – die erste deutschsprachige Gesamtschau slowakischer Geschichte – ist all jenen, die sich für den längerfristigen Hintergrund der Entwicklung dieses östlichen Nachbarn interessieren, uneingeschränkt zu empfehlen.

Martin Mailberg

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Eine Besprechung der Bände Ekkehard Völkl "Rumänien" und Hans-Joachim Härtel, Roland Schönfeld "Bulgarien" ist im Heft 4 (1999) von WuG erschienen.

<sup>2</sup> Good, David F., *The Economic Lag of Central and Eastern Europe: Evidence from the Late Nineteenth-Century Habsburg Empire* (=Working Papers in Austrian Studies 93-7, University of Minnesota, Minneapolis 1993).

<sup>3</sup> Zur ökonomischen und politischen Entwicklung der Slowakei ab 1989 siehe: Juchler, Jakob, *Der Transformationsprozeß in der Slowakei. Auf Umwegen nach Europa?*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 26/3 (2000) 367-398.